

Einführung

Am 26. Januar 2002 wird zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus am Sockel der sog. Ehrentempel Ecke Arcis- / Brienner Straße vom Baureferat in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat und dem Bezirksausschuß Maxvorstadt eine Tafel neu aufgestellt, die in deutscher und englischer Sprache an das NS-Macht-und Kultzentrum in der Maxvorstadt erinnert.

Damit soll gleichzeitig die partei-übergreifende Forderung, in München in unmittelbarer Nähe des Königsplatzes eine Informationszentrum über die NS-Zeit und die Jahre davor zu errichten, unterstrichen werden.

Diese Forderung richtet sich an die Stadt München, den Freistaat Bayern und auch an den Bund.

Ein solches Dokumentationszentrum sollte in vorhandenen Gebäuden des Freistaats Bayern oder auch der Stadt München installiert werden. Vom Bezirksausschuß Maxvorstadt ist vor allem das Areal des Heizwerks Meiserstraße 8 a ins Gespräch gebracht worden, das heute weitgehend entbehrlich sein dürfte. Das rund 7000 qm große Grundstück ist als Teil der NS-Planung; die Heizanlage versorgte das gesamte Parteizentrum (ca. 6000 Beschäftigte) mit Fernwärme und Warmwasser. Das Grundstück ist heute im Eigentum der Stadtwerke.

1996 hat der Bezirksausschuß Maxvorstadt eine Dokumentation über den Königsplatz und sein Umfeld herausgegeben, in dem historische und aktuelle Bezüge hergestellt wurden. Erstmals war darin ein Original-Brief Adolf Hitlers vom 7. August 1931 publiziert, in dem er sich mit der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Maxvorstadt auseinandersetzt.

Wir freuen uns sehr, daß es uns mit Hilfe der Stadtkanzlei und des Kulturreferats gelungen ist, diese vergriffene Dokumentation „Historisch-aktuelles Königsplatz-Panorama“ in einer zweiten Auflage herzustellen.

Der zweiten Auflage sind aus aktuellem Anlaß Materialien zur aktuellen Diskussion über das NS-Dokumentationszentrum beigefügt.

Diese umfassen unter dem Arbeitstitel „Dem Gedenken Namen und Orte geben“ eine Darstellung der Erinnerungsarbeit des BA Maxvorstadt.

Seit dem 27. Januar 1996 – an dem erstmals in Deutschland der von Alt-Bundespräsident Roman Herzog eingeführte – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen wurde, hat der BA Maxvorstadt jährlich eine Veranstaltung durchgeführt.

Die kleinteilige Erinnerungsarbeit „vor Ort“ steht gleichwertig und selbständig neben der Forderung nach einem Dokumentationszentrum über die NS-Zeit, in der übergreifende Zusammenhänge und Hintergründe dargestellt sind.

Daß diese mühsame Arbeit „gegen das Vergessen“ von vielen Engagierten in München geleistet wurde, sollte in der aktuellen Diskussion nicht vergessen werden.

**Klaus Bäumler:
"Dem Gedenken Namen und Orte geben".**

Roman Herzog hat den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt (Bulletin Nr. 6 v. 23.1.1996): „Die Erinnerung darf nie enden; sie muß auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, ... eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Symbolhaft für den NS-Terror, der Millionen Menschen entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet hat, steht das Konzentrationslager Auschwitz. Die sowjetische Armee erreichte am 27. Januar 1945 dieses Vernichtungslager. Der Dokumentarfilm, den der sowjetische Front-Kameramann Alexander Woronzow an diesem Tag aufnahm, kann beim Landesfilmdienst Bayern kostenlos ausgeliehen werden¹.

München nahm als "Hauptstadt der Bewegung" mit dem Sitz des Partei-Verwaltungs-Apparats, den sog. Führerbauten und den "Ehrentempeln" am "Königlichen Platz" als Kultstätten der NSDAP eine Sonderstellung ein.

Es ist daran zu erinnern, daß Thomas Mann, den der üble "Protest der Richard-Wagner-Stadt" im März 1933 als einen der ersten in die Emigration trieb, noch vor dem Putsch am 9. November 1923 in seinem Brief vom Juni 1923 an die New Yorker Zeitschrift "The Dial" weitsichtig und prägnant formulierte:

*"München ist die Stadt Hitlers, des deutschen Faschistenführers, die Stadt des Hakenkreuzes..."*²

Es ist darf mit Wilhelm Hausenstein nicht vergessen werden, daß *"in dieser Stadt der Unmensch hat groß werden können. Keine Berufung auf das "goldene Herz" wird an dieser Tatsache etwas ändern. Echte Gestalten unserer Stadt haben in dem nämlichen Verhältnis die Flucht ergreifen müssen, in welchem die Afterpolitiker von der Sorte des Unmenschen anfangen durften, Hallen, Straßen und Plätze mit ihrer anmaßenden Dummheit und ihrem öden Lärm zu erfüllen."* (Vortrag am 27.7.1947 im Theater am Brunnenhof; zitiert nach „München.Gestern, Heute, Morgen. München 1947 – Verlag Karl Alber).

Vielen, die nicht flüchteten, nicht flüchten wollten oder konnten, drohte Erniedrigung, Verfolgung, Deportation und gewaltsamer Tod.

ERINNERUNGSARBEIT AUF LOKALER EBENE IN DER MAXVORSTADT.

Zu Beginn der 80-er Jahre begegnete die Erinnerungsarbeit auf lokaler Ebene noch erheblichen Hindernissen, wenn es darum ging sogenannte Täterorte ins öffentliche Bewußtsein zu rufen. Die schwierigen Stufen im Umgang mit dem "Vermächtnis des Dritten Reichs im Nachkriegs – München" legt G. D. Rosenfeld in seiner fundierten, nahezu 800 Seiten starken Dissertation *"Memory and the City: Architecture, Monuments, and the Legacy of the Third Reich in Postwar Munich"* erstmals in aller Deutlichkeit dar. Rosenfeld deckt mit dem offenen Blick des Außenstehenden in seiner engagierten Feldforschung akribisch die Schichten des Vergessens und Erinnerns auf. Das grundlegende Werk Rosenfelds ist in 2000 in englischer Sprache erschienen (Verlag California. The University of California

Press, 456 Seiten, 79 S-W-Bilder. 45 Dollar;
<http://www.ucpress.edu/books/pages/84/2.html>).

Eine deutsche Ausgabe ist für die aktuelle Diskussion von offensichtlicher Dringlichkeit. Bis jetzt hat sich noch kein Verleger gefunden. Der Ältestenrat des Münchner Stadtrats hat die Anregung des BA Maxvorstadt, die Stadt München solle hier fördernd tätig zu werden, zunächst negativ verbeschieden.

Rosenfeld stellt die Problematik der Erinnerung an sog. Täterorte (perpetrator sites) an zwei Beispielen in der Maxvorstadt dar: an den Kontroversen um die Erinnerungstafel für das Wittelsbacher Palais (Ecke Türken- / Brienner Straße) und die Gedenktafel für die Opfer der Erschießungen am 28./29. April 1945 im heutigen Landwirtschaftsministerium an der Ludwigstraße ("Zentralministerium" und Befehlsbunker des Gauleiters). Rosenfeld konnte dabei die einschlägigen Akten der Stadtverwaltung, die noch nicht im Stadtarchiv liegen, auswerten. Aus heutiger Sicht sind die Argumente gegen das Erinnern, die damals in die Diskussion gebracht wurden, nicht mehr nachvollziehbar.

Die **Tafel für das Wittelsbacher Palais**, angebracht 1984, geht auf den Antrag des damaligen Bezirksausschusses Maxvorstadt - Universität vom 10. Juli 1981 Nr. 2220 zurück.⁵

Die kleine unscheinbare Tafel fällt nur Interessierten auf, die bewußt die Stadt und ihre Historie erkunden. Die zur Enthüllung am 29. August 1984 gehaltenen Ansprachen sind in den uns zugänglichen Quellen nicht überliefert. Doch können die nicht einfachen Verwaltungabläufe, die der Enthüllung vorausgingen, an Hand der Primärquellen dokumentiert werden.

Über drei Jahre hatte es gedauert bis diese Tafel, letztlich auf Kosten der Bayer. Landesbank, angebracht werden konnte.

Unerwarteter und gewichtiger Widerstand kam vom damaligen Vorstand der Bayerischen Landesbank als der Eigentümerin des Grundstücks. Erst nachdem der Bezirksausschuß hartnäckig nachfaßte, die Aufstellung der Gedenktafel unmittelbar vor dem Bankgebäude auf öffentlichem Verkehrsgrund -somit außerhalb der Einflußsphäre des Vorstands der Bank - beantragte, der Stadtrat der Landeshauptstadt München ebenfalls nicht nachgab, war der Widerstand der Bayerischen Landesbank gebrochen (Beschlüsse des Bauausschusses vom 16.9.1982 und 5.4.1984).

Zur aktuellen Kritik an der inhaltlichen Aussage der Tafel ist zu bemerken, daß dieser Text nicht ausschließlich auf dem Antrag des BA beruht, sondern vom damaligen Bauausschuß unter wesentlicher Beteiligung des Stadtarchivs erarbeitet wurde. Daß das 1934/35 erbaute Gestapo-Gefängnis den Bombenhagel überstanden hat und erst 1964 durch die Stadt München abgebrochen wurde, war im Zeitpunkt der Antragstellung (1981) noch nicht bekannt.

Auch die Tafel im Innenhof des heutigen Landwirtschaftsministeriums an der Ludwigstraße geht auf einen Antrag des damaligen Bezirksausschuß Maxvorstadt-Universität zurück. Dieser Antrag vom 29. Juni 1981 Nr. 2238 löste politischen Wellen bis in den Bayerischen Landtag (*Landtagsanfrage von Joachim Schmolcke MdL vom 28. April (!) 1982*). Die aus heutiger Sicht selbstverständliche Verpflichtung an das tragische Schicksal der Menschen zu erinnern, die in den letzten

Kriegstagen im Wirtschaftshof des heutigen Landwirtschaftsministeriums erschossen wurden, war damals ein Politikum.⁶ Die Tafel, am 28. April 1984 im sog. Schmuckhof angebracht, durfte nicht wie beantragt an der Straßenfassade zur Ludwigstraße platziert werden.

Der damalige Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann verweigerte hierfür die Zustimmung. Um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, stellte der Bezirksausschuß, durch eine Sondernutzungserlaubnis rechtlich abgesichert, zum Jahrestag der Erschießung am 28. April 1982 eine provisorische „Denk-Tafel“ am Eingang zum Ministerium auf dem Gehsteig der Ludwigstraße auf. Tatsache ist, daß die Erschießungen nicht im Schmuckhof, sondern im nördlich gelegenen Wirtschaftshof erfolgten.

Festzuhalten ist, daß jedenfalls der Innenhof des Landwirtschaftsministeriums mit der Steintafel zum Gedenken an Hans Scharrer, Günther Caracciola-Delbrück, Maximilian Roth, Harald Dohrn und Hans Quecke seither im Rahmen der Dienstzeiten des Ministeriums für die Bürger öffentlich zugänglich ist.

Die seinerzeit offenbarten Schwierigkeiten des Erinnerns scheinen überwunden. Der unbefangene Umgang mit der NS-Vergangenheit von Gebäuden wird an der verdienstvollen Dokumentation („Von Mönchen, Prinzen und Ministern Das Gebäude des Landwirtschaftsministeriums und seine Nachbarschaft“, deutlich, die das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1991 herausgegeben hat. Oberamtsrat Gerhard Stinglwagner hat umfassendes Bild-, Plan- und Archivmaterial recherchiert, stellt die Aktivitäten der Freiheitsaktion Bayern detailliert dar analysiert die militärische Lage in den Tagen vor dem Einmarsch der Amerikaner in München, dokumentiert die Ereignisse der letzten Kriegstage im „Täterort“ des sog. Gauleiterbunkers und nennt vor allem die Namen der damals für die Erschießung Verantwortlichen, die strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurden.

Auch Hans Scharrer, Hausinspektor im Münchner Rathaus, war unter den Opfern. Scharrer hatte den Mitgliedern der Freiheitsaktion Bayern) am Morgen des 28. April 1945 das Tor des Münchner Rathauses geöffnet und so die Verhaftung des berüchtigten Christian Weber ermöglicht.

Das Grab von Hans Scharrer im Friedhof am Perlacher Forst ist 1976 aufgelöst worden (Recherche von G. Stinglwagner). Unsere Anregung Hans Scharrer ein Grab im dortigen Ehrenhain zuzugestehen, griff der Ältestenrat des Münchner Stadtrats zwar auf. Sie wurde aber bislang nicht realisiert.

1996-2002

Erinnerungs- und Informationstafel von Piero Steinle und Julian Rosefeldt: Fakten gegen das Vergessen.

Das Machtzentrum der NSDAP hatte sich, ab Mai 1930 beginnend mit dem Erwerb des sog. Braunen Hauses in der Brienner Straße zwischen Arcisstraße und Karolinenplatz, über 12 Jahre hinweg in der Maxvorstadt ausgebreitet. Schon im Herbst 1933 quartierte sich die Bayerische Politische Polizei als Vorläufer der Geheimen Staatspolizei im Wittelsbacher Palais ein, das als gefürchtete und berüchtigte Münchner Gestapo-Zentrale Mittelpunkt des NS-Terrors wurde.

Mit dem umgestalteten Königsplatz und den sog. Ehrentempeln mit den sog. Blutopfern des 9. Novembers 1923 gestalteten die Machthaber auch die Kultorte des NS-Regimes.

1995 – also 50 Jahre nach Kriegsende - erarbeitete das Zentralinstitut für Kunstgeschichte, das seine Arbeitsstätte im sog. Verwaltungsbau an der Meiserstraße hat, eine bis heute grundlegende Dokumentation zur Entstehung des

sog. NSDAP-Parteiviertel einschließlich der NS-Kultort in der Maxvorstadt im Umfeld des Königsplatzes (Ulrike Grammbitter / Iris Lauterbach / Hans Lehmsbruch / Winfried Nerdinger). Diese wissenschaftliche Arbeit ist in einem hervorragenden Katalog („Bürokratie und Kult“) in den Bibliotheken nachzulesen.

Im öffentlichen Raum vermittelte nur eine einfache, aber vielbeachtete Informationstafel Ecke Briener Straße / Arcisstraße aufgestellt, die wichtigsten Fakten über das ehemalige NS-Parteizentrum um den Königsplatz. Zwei junge Architekten, Piero Steinle und Julian Rosefeldt, hatten im Frühjahr 1996 die Initiative ergriffen, für die Besucher des Königsplatzes die historischen Bezüge herzustellen. Anhand des Lageplans, vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte erarbeitet, wird die Ausdehnung des NS-Machtzentrums in der Maxvorstadt deutlich.

Die Tafel (240 x 160 cm) war zunächst nur als „Informationstafel zur Fotoausstellung ‚Bürokratie und Kult‘“ durch Sondernutzungserlaubnis des Baureferats befristet vom 29. Januar bis 30. April 1996 genehmigt worden (Bescheid vom 29.1.1996). Die Initiatoren Steinle und Rosenfeldt bemühten sich um eine Verlängerung als „Informations- und Gedenktafel zum ehemaligen NSDAP-Parteizentrum“: „Unsere Tafel ist wind- und wetterfest. Wir glauben, sie sollte so lange wie möglich dort stehen und Zeugnis zur Vergangenheit geben. Ob die Tafel stehen bleiben kann, hängt in der Folge von der Gedenkstättenkommission ab, die darüber entscheiden muß. OB Ude und Kulturreferent Hummel äußerten sich bereits positiv zu dem Plan“ (Münchner Wochenblatt Nr. 15/96 vom 10.4.1996).

Der Bezirksausschuß Maxvorstadt unterstützte das Anliegen von Steinle und Rosenfeldt. Schon in der konstituierenden Sitzung vom 11. Juni 1996 stellte der neugewählte Bezirksausschuß einstimmig den Antrag, die Sondernutzungserlaubnis unbefristet zu erteilen und von einer Kostenerhebung wegen des besonderen öffentlichen Interesses abzusehen. Außerdem wurde die Übernahme der Tafel durch die Stadt München beantragt, die Zustimmung von Piero Steinle und Julian Rosefeldt vorausgesetzt (BA-Antrag Nr. 23). Im weiteren Verlauf regten wir auch die Ergänzung durch eine Fassung in englischer Sprache sowie die Aufnahme der Gestapo-Zentrale (Wittelsbacher Palais; Ecke Briener / Türkenstraße, heute Bayer. Landesbank) einschließlich des 1934/35 errichteten Gestapo-Gefängnisses in den Lageplan an.

Bei der Behandlung des BA-Antrages galt es einige Hürden zu überwinden. Vor allem über den Text selbst, bei der Übertragung ins Englische gab es zwischen den ursprünglichen Autoren, dem Kulturreferat, dem Stadtarchiv und dem Bezirksausschuß Maxvorstadt zeitaufwendigen Abstimmungsbedarf. Auch der Entwurf für die technische Ausführung (Grafikbüro Wigel) brauchte geraume Zeit.

Eigentlich war vorgesehen die bestehende Tafel in einem Zug gegen die neue Tafel auszutauschen. Im Sommer 2001 war aber die alte Tafel derart unansehnlich geworden, daß sie das Baureferat auf Anregung des BA Maxvorstadt entfernte (Bild der „zerfledderten Informationstafel“ in der Bayer. Staatszeitung Nr. 29 vom 20.7.2001 zum Beitrag von Hans Krieger „Betulichkeit des verschämten Halbverschweigens . Ein Erinnerungsgang durch die ‚Hauptstadt der Bewegung‘“).

Die neue Tafel wurde zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus 2002 am 26. Januar 2002 aufgestellt.

Die Vorderseite (zur Arcisstraße) gibt den deutschen, die Rückseite den englischen Text wieder. Text, Fotos und Plan sind auf einer Edelstahlplatte im Siebdruck aufgebracht. Statt einer Verglasung ist eine Versiegelung vorgesehen.

Die neue Tafel wird im Jahr 2002 offiziell von der Stadt München aufgestellt. Es ist wohl nicht zu widerlegen: Ohne die verdienstvolle Initiative von Piero Steinle und Julian Rosefeldt im Jahr 1996 fehlte auch heute noch jeder Hinweis im öffentlichen Raum auf diese schicksalshaften Orte deutscher, bayerischer Geschichte und vor allem auf die Rolle Münchens nicht nur von 1933 – 1945 sondern in den wichtigen Jahren davor. Ein Informations- und Dokumentationszentrum über die NS-Zeit ist in München im Umfeld des Königsplatzes überfällig.

1996 - 2002 - ?

DOKUMENTATIONS- UND INFORMATIONSZENTRUM ÜBER DIE NS-ZEIT AM KÖNIGSPLATZ.

In den letzten Monaten des Jahres 2001 kam eine breite öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit eines Dokumentations- und Informationszentrum über die NS-Zeit in München in Gang. Eine Informationsfahrt von Insight e.V. fand in der Presse große Resonanz (Abendzeitung vom 14./15.7.2001, Christian Jooß: Topographie des Vergessens. Rundfahrt zu den Stätten des NS-Terrors. Beim Erinnern tut sich München schwer; Süddeutsche Zeitung vom 14./15.7.2001, Franz Kotteder: Fußnoten zur Nazizeit; Bayer. Staatszeitung vom 20.7.2001, Hans Krieger Betulichkeit des verschämten Halbverschweigens . Ein Erinnerungsgang durch die ‚Hauptstadt der Bewegung‘; Süddeutsche Zeitung vom 17./18.11.2001, Winfried Nerdinger: München – Hauptstadt der Verdrängung. Gedenken auf Sparflamme: Wie in der bayerischen Landeshauptstadt mit den Bauten aus der Zeit des Nationalsozialismus umgegangen wird; Süddeutsche Zeitung vom 27.11.2001, Alfred Dürr: Kritische Aufklärung am ‚Täterort‘ Königsplatz. Freistaat und Kommune wollen rund um das einstige Repräsentationsviertel der Nationalsozialisten ein Dokumentationszentrum errichten.

Sogar die Neue Zürcher Zeitung räumt in ihrer Wochenausgabe vom 8./9. Dezember 2001 „Münchens Mühen mit der NS-Zeit“ und der „Verdrängten Rolle als ‚Hauptstadt der Bewegung‘“ fast eine ganze Seite ein.

Die NZZ resümiert: *„Als Geburtsstätte und zentrale Schaltstelle der NSDAP hat München im Nationalsozialismus eine bedeutende Rolle gespielt. Doch die bayerische Landeshauptstadt tut sich schwer mit dem braunen Erbe. Während an anderen Orten in Bayern Dokumentationszentren, die über die Nazi-Zeit informieren, rege besucht werden, erfahren Interessierte in München kaum etwas über die Rolle der Stadt im Dritten Reich“.*

Anträge des Bezirksausschusses Maxvorstadt in den Jahren 1996 und 2000.

Die Diskussion über ein derartiges Dokumentationszentrum in München ist nicht neu. So ist daran zu erinnern, daß der Kulturschuß des Stadtrats in seinem Beschluß vom 21. Mai 1996 die Notwendigkeit einer „Gedenk- / Dokumentationsstätte für die Verfolgten des Nazi-Regimes und die Opfer bzw Akteure des Münchner Widerstands anerkannte. Zugleich erhielt das Kulturreferat damals bereits den Auftrag, ein Konzept für ein derartiges Dokumentationszentrum zu entwickeln und Vorschläge für die Realisierung bis Ende 1996 zu entwickeln.

Der Bezirksausschuß Maxvorstadt beantragte in seiner Sitzung vom 17. September 1996 auf der Grundlage der Ausstellung „Bürokratie und Kult“ eine der „Topographie des Terrors“ in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße vergleichbare Einrichtung zu schaffen. Dabei sollte für die Trägerschaft eine Institution, der die Stadt München, der Freistaat Bayern und auch die Bundesrepublik Deutschland angehört, gefunden werden.

Unser Gremium hatte im Zusammenhang mit der von uns in 1996 herausgegebenen Dokumentation über den Königsplatz („Historisch-aktuelles Königsplatz-Panorama“) eingehend die aktuellen und historischen Planungsabläufe im kommunalen und staatlichen Bereich recherchiert, speziell im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1650, der die Bebauung der staatlichen Grundstücke beidseits der Briener Straße zwischen Karolinenplatz und Arcisstraße, einschließlich der Überbauung der Sockel der sog. Ehrentempel, ermöglichen sollte.

Im Rahmen dieses Verfahrens, das über den Aufstellungsbeschluß nicht hinaus kam (s.u.), forderte der Stadtrat, in die staatlichen Planungen ein Haus der Zeitgeschichte einzubeziehen: *„Dort sollen in einer ständigen Ausstellung die historische Entwicklung zum Nationalsozialismus, die Zeit des ‚Dritten Reichs‘ sowie der Beginn der Bundesrepublik Deutschland schwerpunktmäßig dargestellt werden (einstimmiger Beschluß der Vollversammlung vom 14.12.1988).*

Diese Anregung nahm der Freistaat Bayern jedoch nicht auf: *„Im Einvernehmen mit dem Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft, .. und Kunst als künftigem Nutzer und dem Bayer. Staatsministerium der Finanzen teilen wir mit, daß im Hinblick auf die frühere, auch heute noch allgemein bekannte Nutzung der sog. Ehrentempel, die Grundstücke an der Ecke Briener / Arcis- / Meiserstraße für ein Haus der Zeitgeschichte, das auch die Entwicklung des Nationalsozialismus und die Zeit des ‚Dritten Reichs‘ darstellen soll, für denkbar ungeeignet gehalten werden.*

Abgesehen davon werden die staatseigenen Grundstücke für die Unterbringung staatlicher Einrichtungen dringend benötigt ...“ (Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern vom 11.5.1989 Az. II A 3-42014.M-Brien).

Der Münchner Stadtrat hielt dennoch an seiner Forderung nachhaltig fest. Entsprechend einem Abänderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion beschloß die Vollversammlung am 19. Juli 1989:

„Der Stadtrat hält an seiner einstimmig gefaßten Forderung fest, da im Bereich des früheren ‚Braunen Hauses‘ ein Haus für Zeitgeschichte eingeplant werden soll.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in diesem Sinn mit dem Freistaat Bayern zu verhandeln.“

Als konkreten Standort hatte der Bezirksausschuß in seinem Antrag vom 17. September 1996 angesichts der Differenzen zwischen Freistaat Bayern und der Stadt in der Grundstücksfrage ein anderes staatliches Gebäude im Umfeld des Königsplatzes oder aber den Luftschutzbunker am Alten Botanischen Garten unter der sog. Kunstplattform vorgeschlagen.

Unter anderem auf Grund des BA-Antrags vom 17. September 1996 erhielt das Kulturreferat den Auftrag im Münchner Stadtmuseum für Ausstellung über die NS-Zeit in München zu erarbeiten. Die ca. 330 qm große neue Abteilung, die im Jahr 2002 eröffnet werden soll, wird die stadtgeschichtlichen Bezüge aufzeigen. Dem Kulturreferat ist beizupflichten, daß die kleine Ausstellung keinesfalls umfassend über Münchens Bedeutung für das „Dritte Reich“ und über die zentrale Rolle

Münchens für die NS-Bewegung aufklären kann (Beschluß des Kulturausschusses vom 16.10.2001).

Als die Stadtratsfraktion Die Grünen/RL in ihrem Antrag vom 8. September 2000 neben einer „würdigen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus“ auch forderten, daß „dem Stadtrat auch Überlegungen für ein Dokumentationszentrum am Königsplatz darzustellen sind“, befaßte sich der Bezirksausschuß Maxvorstadt erneut mit der Thematik.

Mit **Beschluß vom 12. Dezember 2000 Nr. 5469** beantragten wir:

„Die Landeshauptstadt München verhandelt mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel, im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes unter Einbeziehung vorhandener Gebäude eine Erinnerungsstätte (Dokumentationszentrum zur Entwicklung des Nationalsozialismus; Zentrale Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer) zu schaffen“

Die Begründung in Auszügen:

„Der Königsplatz und sein Umfeld gehören zu den Erinnerungsorten in der Münchner Stadtgeschichte, die die Rolle in den zwölf verhängnisvollsten Jahren deutscher Geschichte widerspiegeln. Erinnerungsarbeit wirkt am eindrucksvollsten unmittelbar am Ort des Geschehens.

....

Wir sind der Auffassung, daß der Freistaat Bayern seine frühere ablehnende Haltung, in dem Bereich der ehemaligen Parteibauten ‚Erinnerungsarbeit‘ zu leisten, aufgeben wird. Insoweit ist ein Umdenken unverkennbar. Die große Resonanz der Dokumentation im Bereich des Obersalzbergs in Berchtesgaden, die Planungen des Freistaats auf dem Märzfeld in Nürnberg belegen, daß die früheren Ängste im Umgang mit den Hypotheken der Erinnerung abgebaut sind.

Es ist auch daran zu erinnern, daß der Freistaat Bayern 1986 den Ankauf eines 15.000 qm großen Grundstücks für die Denkmalanlage der ‚Ost- und Westpreussen-Stiftung im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Schleissheim ermöglichte (Einzelheiten Franz Kerscher in: <http://www.home.t-online.de/home/kerscher.franz/>).

Für die Landeshauptstadt München und den Freistaat Bayern sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, diese längst überfällige Einrichtung für die ‚Erinnerungsarbeit‘ im Bereich des Münchner Königsplatzes zu schaffen.

Es sei hier auf das vorbildlich gestaltete und mit modernster Medientechnik ausgestattete Dokumentationszentrum in Oradour-sur-Glane hingewiesen, das erst 1999 eröffnet worden ist. In Oradour-sur-Glane (ca. 20 km östlich von Limoges in der Region Limousin) wird an das heimtückische Massaker der SS-Panzerdivision ‚Das Reich‘ vom 10. Juni 1944 erinnert. Jährlich kommen dreihunderttausend Menschen in diesen kleinen Ort. In dem neu eröffneten ‚Centre de la mémoire‘ wird versucht, die Entwicklungslinien deutscher Geschichte darzustellen, die letztlich zu dieser bestialischen Untat in Oradour-sur-Glane führten.“

Wir freuen uns sehr, daß unsere Initiative, die bereits auf das Jahr 1996 zurückgeht, nun auf der Ebene des Bayerischen Landtags diskutiert wird.

Zu Ihrer Information fügen wir Ihnen unseren Antrag vom 12. Dezember 2000 Nr. 5469 bei, der von unserem Gremium parteiübergreifend einstimmig beschlossen worden war.

Wir hoffen, daß es im Bayerischen Landtag ebenfalls eine parteiübergreifende Gemeinsamkeit geben wird, um Verhandlungen zwischen dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München aufnehmen zu lassen.

Beispielhaft sei hier auf das 1999 eröffnete Centre de la Mémoire in Oradour sur Glane hingewiesen, das Minister Bocklet im Juni 2000 im Rahmen des Partnerschaftverbunds Bayern mit der Region Limousin besucht hat. Jährlich wird das Centre de la Mémoire, in dem die verhängnisvolle Entwicklung des Nationalsozialismus bis zur Untat der Waffen-SS vom 10. Juni 1944 dargestellt ist, von über 300.000 Menschen besucht.

Als Ort für das Dokumentationszentrum am Königsplatz kommt nach unseren Recherchen auch das rund 7000 qm große Grundstück des Heizwerks der Stadtwerke München, Meiserstraße 8 a in Betracht, das teilweise an die Siemens AG, Anlagenbau Region Südbayern vermietet ist. Von seiner Lage (Verknüpfung zur Brienner Straße und Meiserstraße) und seiner Historie (Katalogbuch „Bürokratie und Kult“ des Zentralinstituts für Kunstgeschichte, München 1995) ist dieses Objekt bestens geeignet.

*Mit freundlichen Grüßen
Klaus Bäuml*

Das „Münchner Zentrum“, in der Reihe Münchner Wochenanzeiger verlegt, hat sich in seiner Ausgabe vom 8. November 2001 Nr. 45 eingehend mit dem Landtagsantrag befaßt („Dokustelle Ja oder Nein? Antrag im Landtag eingereicht – Königsplatz in der Diskussion“)

Der Kulturausschuß des Bayerischen Landtags wird sich Ende Januar 2002 erneut mit dem Antrag von Dr. Hildegard Kronawitter befassen.

Es ist schlechthin nicht vorstellbar, daß sich die bayerische Volksvertretung sich diesem Antrag verschließen wird. Ebensowenig die bayerische Staatsregierung.

Am 4. November 2001 eröffnete Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zusammen mit Bundespräsident Johannes Rau das NS-Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen Reichsparteitagelände in Nürnberg.

Die Bayerische Staatskanzlei publizierte am 30. Oktober folgende Pressemitteilung:

... Stätten der Erinnerung an Größenwahn und Terror des Dritten Reichs vor allem für die nachfolgenden Generationen wichtig.

Es ist für Ministerpräsident Stoiber ein wichtiges Anliegen, gerade für den jüngeren Menschen und nachfolgenden Generationen Stätten der Erinnerung an das grausamste und dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zu schaffen und zu erhalten.

Neben dem neuen NS-Dokumentationszentrum in Nürnberg hat der Freistaat Bayern in den letzten Jahren eine Reihe weiterer Gedenkstätten für die nachfolgenden Generationen geschaffen oder erhalten, wie etwa auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden oder bei den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg. Der Freistaat Bayern teilt sich mit dem Bund und der Stadt Nürnberg die Kosten ...“.

Auch für München ist in diesem ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Stadt München, Freistaat Bayern und auch der Bund sind zu gemeinsamen Handeln aufgefordert.

Als nahezu idealer Standort bietet sich das 7000 qm große Areal des städtischen Heizwerks Meiserstraße 8 a an, das über die Freiflächen zwischen dem sog. Verwaltungsbau Meiserstraße 10 und dem Amerika-Haus zur Brienner Straße angebunden werden kann.

**1947: „DENAZIFIZIERUNG“ DURCH SPRENGUNG DER SOG. EHRENTEMPEL:
2002: „UNBEQUEME STEINE GEGEN DAS VERGESSEN. POLITISCH-URBANE
TOPOGRAPHIE AM RANDE DES KÖNIGSPLATZES BEWAHREN“.**

Im Januar 1947 sprengten Bauarbeiter die beiden "Ehrentempel" beidseits der Brienner Straße am Ostrand des Königsplatzes. Damit wurde die Kontrollrats-Direktive Nr. 30 vom 13. Mai 1946 vollzogen, deutsche Denkmäler nationalsozialistischen Charakters bis 1. Januar 1947 zu beseitigen. Bereits im Juni 1945 hatte General Eisenhower in einer Depesche an die US-Militärregierung in Bayern angeordnet, diese "Nazi Monuments" umgehend zu entfernen.

Was sollte mit den "Ehrentempeln" geschehen? Der richtige Umgang mit diesen "Weihestätten" wurde intensiv auf allen Ebenen diskutiert. So befaßte sich allein das Kabinett Fritz Schäffer in fünf Sitzungen des Bayerischen Ministerrats vom 25. Juni bis 27. Juli 1945 mit diesem brisanten Thema. Nachdem in zwei weiteren Sitzungen des Ministerrats Umnutzungsvorschläge erörtert worden waren, entschied das Kabinett Wilhelm Hoegner am 18. Dezember 1946, die sogenannten Ehrentempel am Königspfad abzutragen. Wohl aus Gründen der Zweckmäßigkeit und angesichts des hohen Kostenaufwands blieben die Sockel (auf Anregung des Kultusstaatssekretärs Dr. Meinzolt) bestehen.

Heute sind die von Grün überwucherten Sockel der gesprengten „Ehren-Tempel“ Zeichen des Untergangs des NS-Terrorregimes und zugleich wirkliche Mahnzeichen für die zwölf verhängnisvollsten Jahre deutscher Geschichte. Selbst die Sprengung dieser NS-Kultstätte ist ein Erinnerungszeichen, ebenso wie die erhaltenen Sockel selbst Erinnerungs-Male sind. Als authentische Zeitzeugnisse im öffentlichen Raum gehören sie zur politisch-urbanen Topographie Münchens.

Die Landeshauptstadt München unterstützte den Antrag des Bezirksausschusses Maxvorstadt, diese Sockel als „authentische Denkmäler“ ausdrücklich dem Schutz des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes zu unterstellen. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege vertrat jedoch lapidar die Auffassung, eine gesonderte Beschreibung in der Denkmalliste sei entbehrlich, weil die Gebäude selbst bereits aufgenommen seien.

Erst im Sommer 2001 gab das Landesamt für Denkmalpflege seinen Widerstand auf. Die Rudimente der sog. Ehrentempel sind nunmehr ausdrücklich in die Denkmalliste aufgenommen.

EIN UMSTRITTENES BEBAUUNGSPLANVERFAHREN NR. 1650:

„BAUEN AUF KONTAMINIERTEM BODEN. ERINNERUNGEN EINFACH TILGEN. NACHDENKEN STATT BAUEN.“

Das sind Schlagworte aus der Diskussion über einen äußerst umstrittenen Bebauungsplan, der nach einem Wettbewerb eine intensive Bebauung beidseits der Briener Straße zwischen Karolinenplatz und Königsplatz, unter Beseitigung der beiden Sockel, ermöglichen soll.

Die staatlichen Planungen, die im wesentlichen durch Stadtratsbeschlüsse vom 14. Dezember 1988, 19. Juli 1989 und 2. Oktober 1991 gedeckt sind, wurden in den letzten Jahren nicht weiter verfolgt.

In der damaligen Diskussion versuchten manche Befürworter der Bebauung mit dem Argument, es ginge hier nur um den Schutz eines "Ritzen-Biotops", der wirklichen Problematik, der Frage des Umgangs mit diesen steinernen Relikten, die sich mit aller Schärfe stellt, auszuweichen.

Durch den Bau der Dritten Pinakothek, die Verlagerung der Chemischen Institute der Ludwig-Maximilians-Universität nach Martinsried sowie der Fakultäten für Maschinenbau und Mathematik bzw. Informatik nach Garching stellt sich der staatliche Grundstücksbedarf heute in einem neuen Licht dar. Die staatlichen "Sachzwänge", die den Bebauungsplan Nr. 1650 rechtfertigen sollten, sind damit entfallen.

Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München sollten daher gemeinsam den geplanten Eingriff in die politisch-urbane Topographie ohne Gesichtsverlust aufgeben können. Die Sockel der sog. Ehrentempel sind aus heutiger Sicht unantastbar geworden.

Der Bezirksausschuß Maxvorstadt hat daher am 12. Dezember 2000 die Stadt München aufgefordert, den Aufstellungsbeschuß für den Bebauungsplan Nr. 1650 endgültig aufzuheben und in Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern die Flächen beidseits der Briener Straße als Grünanlagen zu gestalten und zugänglich zu machen (BA-Antrag vom 12.12.2000 Nr. 5470).

Wir sind sicher, daß sich das Bayerische Staatsministerium der Finanzen auch hier „aufgeschlossen“ zeigen wird.

Gedenktage für die Opfer des Nationalsozialismus

1996 – 2002

Mit Blick auf die schicksalhafte Verknüpfung der Maxvorstadt mit der Ära des Nationalsozialismus lag es nahe, die konkrete Erinnerungsarbeit mit dem von Roman Herzog initiierten Gedenktag zu verbinden. Mit Förderung des Kulturreferats versucht der Bezirksausschuß Maxvorstadt als örtliche Bürgervertretung vor allem an diesen Gedenktagen an Persönlichkeiten zu erinnern, deren Schicksal und Lebensweg nicht vergessen werden sollte. Dabei

geht es darum, wie es Saul Friedländer in seiner Rede zur Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises 1998 formulierte, *"der Erinnerung Namen zu geben"*. Das bedeutet konkret, das Schicksal von Menschen, die hier gelebt haben, in Erinnerung zu rufen und vor dem Vergessen zu bewahren. Dazu gehört auch, die "Orte" der Erinnerung im unmittelbaren Wohnumfeld und im Alltag, nicht nur an sog. Gedenktagen, bewußt zu machen. Dazu zählen die steinernen Relikte des sog. Dritten Reichs, die sich im Quartier erhalten haben. Sie gilt es nicht als "Kultstätten" der Erinnerung, sondern als dauernde Zeugnisse einer unheilvollen Zeit zu bewahren.

1996: Schicksale jüdischer Mitbürger in der Maxvorstadt

Beim Besuch der Ausstellung „Bürokratie und Kult“ des Zentralinstituts für Kunstgeschichte, in der die Entwicklung des NSDAP-Parteizentrums und des Parteikults im Umfeld des Königsplatzes erstmals mit wissenschaftlicher Gründlichkeit dargestellt worden war, wurde dem Verfolgungsschicksal jüdischer Mitbürger in der Maxvorstadt gedacht.

Alfred und Hedwig Pringsheim

Die Schwiegereltern von Thomas Mann mußten bereits 1933 wegen des sog. NSDAP-Verwaltungsbaus ihr ansehnliches Haus Arcisstraße 12 räumen. Alfred Pringsheim; Professor der Mathematik an der Universität München, emigrierte erst im hohen Alter von 89 Jahren 1939 nach Zürich, wo er 1941 starb.

Richard Willstätter

(1872 - 1942, Locarno), Professor der Chemie, Nobelpreisträger 1915. Er setzte 1924 ein Jahr nach dem Hitler-Putsch und neun Jahre vor Beginn des systematischen antisemitischen Terrors ein denkwürdiges Zeichen. Als bei der Neubesetzung eines Lehrstuhls der Ludwig-Maximilians-Universität Dekan Willy Wien aus „taktischen Gründen“ zwei Kandidaten jüdischer Abstammung von der Vorschlagsliste strich, erklärte 1924 (!) Willstätter seinen Rücktritt und beantragte die Entlassung aus dem Staatsdienst. Nach einer entwürdigenden Ausreiseprozedur, einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch im Ruderboot über den Bodensee, konnte er 1938 mit Hilfe eines Schweizer Freundes in die Schweiz ausreisen.

Willstätter: *“Ich verließ meine geliebte deutsche Heimat, die mir alles gegeben und gewesen, und fand als Emigrant 'tolleranza per riposo' zu Muralto - Locarno, Villa Eremitaggio”.*

Heinrich Rheinstrom

(1884 - 1960; New York). Jurist und Volkswirtschaftler, Professor für Steuerrecht an der Technischen Hochschule München. Er hatte sich 1922 östlich des sog. Gärtner-Wohnhauses (heute: Universitätsbauamt) durch den Münchner Architekten Rosenthal ein nobles Wohnhaus errichten lassen (heute: Grundstück des Kindergartens St. Ludwig, Ludwigstraße 16 a, jetzt: Walter-Klingenbeck-Weg 3). Im März 1933 hielt sich Rheinstrom in London auf, als er von der Durchsuchung bzw Plünderung seines Hauses durch die SA erfuhr. Er kehrte nicht nach Deutschland zurück. Er hatte die Bedrohung durch das Nazi-Regime in aller Schärfe erkannt. Erst 49 Jahre alt, nahm er den Verlust seiner wirtschaftlichen Existenz in München in Kauf. Anwalts- und Lehrtätigkeit in Paris, London und ab 1939 in New York. Vor seiner Ausbürgerung 1937 gelang es ihm noch 1935, sein

Wohnhaus an Prof. Schittenhelm zu verkaufen. In den 50-er Jahren erwarb St. Ludwig das Ruinengrundstück (Luftangriff vom 7.1.1945) und errichtete einen Kindergarten (Architekt Erwin Schleich). Heinrich Rheinstrom gehört zur großen Zahl der verfolgten jüdischen Anwälte im Oberlandesgerichtsbezirk München („Von der ‚Schutzhaft‘ zur Deportation. Dokumentation von Reinhard Weber für die Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ im Justizpalast vom 4.10.-2.11.2001. Kontakt: Rechtsanwaltskammer München).

Karl und Anna Neumeyer

(1869, München - 17.7.1941, München). Jurist, Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität von 1908 bis 1934; Begründer des Internationalen Verwaltungsrechts. Karl und Anna Neumeyer waren in ihrem Haus Königinstraße 35 a sämtlichen Schikanen der NS-Gewaltherrschaft ausgesetzt. Als ihr angestammtes Wohnhaus geräumt, die wertvolle Bibliothek versteigert werden sollte, sahen Karl und Anna Neumeyer keinen Ausweg mehr. Gemeinsam gingen sie am 17. Juli 1941 in den Tod. Eine schlichte Tafel, etwas versteckt an der Nordfassade des Hauses Königinstraße 35 a, erinnert an ihr Schicksal: „Karl und Anna Neumeyer zum Gedächtnis“.

Etwas versteckt im Haus Veterinärstraße 5 ist im ersten Stock des Instituts für Internationales Recht der Karl-Neumeyer-Saal (Zimmer 107) eine Bronzetafel angebracht: *„Geheimrat Professor Dr. Karl Neumeyer hat dieses Institut 1916 mitbegründet. Sein Wirken war bahnbrechend für die Gesamtheit des Internationalen Rechts. Die Barbarei des Unrechtsstaates hat ihn mit seiner Frau im Jahre 1941 in den Tod getrieben. Dieser Saal trägt seinen Namen ihm zu Ehre und steter Mahnung an schmachvolles Unrecht. Jurist. Fakultät der Universität München“.*

1997: Georg-Elser-Platz

Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 1997 konnte eine Platzfläche an der Türkenstraße nach Johann Georg Elser (04.01.1903 - 09.04.1945) benannt werden. Georg Elser⁸ hatte von der Türkenstraße aus das Attentat auf Hitler im Bürgerbräu-Keller am 8. November 1939 vorbereitet. Sein sorgfältig ausgeführter, bis ins Detail durchgeplanter Versuch des sog. Tyrannenmords scheiterte an einem unberechenbaren Zufall. Auf seiner Flucht in die Schweiz wurde er in Konstanz verhaftet. Nach langer Haft und ohne Gerichtsverfahren wurde er im KZ Dachau am 9. April 1945 - wenige Tage vor der Ankunft der Amerikaner ermordet. Wäre sein Attentat im Bürgerbräu-Keller erfolgreich gewesen, hätte der Schreiner Georg Elser dem Rad der Geschichte in die Speichen gegriffen und vieles wäre den Menschen in der Welt erspart geblieben. Seinen Entschluß, das Attentat auszuführen, hatte Elser bereits bei einem Besuch des Bürgerbräu-Kellers am 8. November 1938 gefaßt. Ob er in München auch den NS-Terror der "Reichspogrom-Nacht" vom 9./10. November noch unmittelbar miterlebte und dies seinen Entschluß zum Handeln bekräftigte?

Der kleine, bescheidene Platz an der Türkenstraße, in unmittelbarer Nachbarschaft der Wohnung Georg Elzers, mit dem örtlichen Bezug zu der Münchner Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais, wo er verhört wurde, soll zugleich an die acht Opfer der Explosion im Bürgerbräu-Keller erinnern. Aber auch an die Menschen, die damals, der Mitwisserschaft und Mittäterschaft verdächtigt, wochenlangen Verhören der Gestapo ausgesetzt waren. Obwohl Georg Elser ein Opfer des NS-

Terrors wurde, zeigt sich bei ihm - bis heute - die besondere Schwierigkeit in der Erinnerungsarbeit. Georg Elser handelte zu einem frühen Zeitpunkt; er bediente sich einer Bombe wie die Männer des 20. Juli 1944; er riß mit seinem Anschlag Menschen in den Tod. Er war somit auch "Täter". Die Diskussion um die moralische Rechtfertigung des Bürgerbräu-Attentäters ist durch den am 8. November 1999 in der Frankfurter Rundschau publizierten Beitrag von Lothar Fritze, Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts, in aller Schärfe aufgeflammt. Die "Stufen des Erinnerns" an Georg Elser sind auch in München vielschichtig. 30 Jahre nach dem Attentat widerlegten Anton Hoch und Lothar Gruchmann (Institut für Zeitgeschichte) die These, Elser sei ein Werkzeug der Nazi gewesen, das Attentat also inszeniert (SZ vom 8./9. 11. 1969, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1969, S. 383-413). Vom 11. November 1969 datiert die erste von vielen Anregungen eine Straße in München nach Elser zu benennen. Am 9. November 1989, zum 50. Jahrestags des Attentats, konnte Bürgermeister Klaus Hahnzog eine Gedenktafel auf dem Grundstück des ehemaligen Bürgerbräu-Kellers der Öffentlichkeit übergeben. Zum 60. Jahrestag des Attentats sprach Oberbürgermeister Christian Ude Worte des Gedenkens am Georg-Elser-Platz. Die Namensgebung beruht auf einem Beschluß des Kommunalausschusses vom 17. Oktober 1996, der wiederum auf einen Antrag des Bezirksausschusses Maxvorstadt vom 8. März 1994 Nr. 1553 zurückgeht. Die Bürgerinitiative Aktion Maxvorstadt um Felicitas Baranek, Helga Haisch, Sepp Hödl, Gerhard Metzger und Anton Steiner hatte sich in diesem Sinn an das Bürgergremium gewandt. Viele halfen im Hinter- und Vordergrund mit, die Benennung durchzusetzen: So z.B. der damalige Kommunalreferent Georg Welsch, der verstorbene Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Dr. Keese, Oberbürgermeister Christian Ude. Besonders hat sich Dr. Hella Schlumberger aus der Türkenstraße für die Ehrung des schwäbischen Schreiners eingesetzt.

Seit 1997: „Denkstätte Weiße Rose“

Zum 525. Stiftungsfest der Ludwig-Maximilians-Universität am 28. Juni 1997 wurde die „Denkstätte Weiße Rose“ unter dem Audimax der Öffentlichkeit übergeben. Damit entstand eine Ausstellungs- und Informationsstätte, deren Bedeutung im Zentrum des Universitätslebens nicht hoch genug bewertet werden kann. (Planung und Ausführung: Universitätsbauamt München mit Weiße Rose Stiftung e.V., Finanzierung durch den Freistaat Bayern).

1998: Walter-Klingenbeck-Weg

Seit Januar 1998 erinnert der bis dahin unbenannte Fußweg auf dem staatlichen Grundstücksareal zwischen Kaulbachstraße und Ludwigstraße nördlich der Staatsbibliothek an das Schicksal Walter Klingenbecks. Im Beschluß des Kommunalausschusses vom 22. Januar 1998 wird die Namensgebung begründet:

"Walter Klingenbeck, geb. 30. März 1924 in München, am 26. Januar 1942 durch Denunziation verhaftet, verurteilt zum Tode durch den "Volksgerichtshof" am 24. September 1942, hingerichtet im Alter von 19 Jahren am 5. August 1943 im Gefängnis Stadelheim.

Nach Abschluß einer kaufmännischen Lehre in der Zentral-Darlehenskasse ab 1941

Ausbildung zum Schaltmechaniker bei Rohde und Schwarz.

Mitglied der Kath. Jungschar von St. Ludwig (Leitung Kaplan Georg Handwerker) bis zu deren Auflösung 1936. Führte eine kleine oppositionelle Jugendgruppe an, die mit Flugblättern, Wandparolen und Geheimsendern Widerstandsaktionen für den Sturz des NS-Regimes plante und durchführte".

Klingenbeck-Kreis und Weiße Rose

Aus heutiger Sicht läßt sich nur schwer beurteilen, welche Wirkung Walter Klingenbeck und seine Freunde damals in der Öffentlichkeit auslösten. Berichtete die Presse über die V-Aktionen in Bogenhausen? Wurde über die Verhaftung Klingenbecks und seiner Freunde im Januar 1942 berichtet? War einem größerem Kreis bekannt, weshalb die Verhaftung erfolgte?

Fragen, die nicht im Archiv recherchiert werden können, sondern von Zeitzeugen beantwortet werden müßten.

Kriminalkommissar Krüger, der gegen Walter Klingenbeck ermittelte, bestätigte gegenüber dem "Volksgerichtshof", daß die Aktionen Klingenbecks in München Aufsehen erregten. Dies wertete der "Volksgerichtshof" bei der Strafzumessung als erschwerendes Moment: „ ... die Verbreitung von Hetznachrichten und Greuelmärchen wie die Schmieraktion nach Anweisung der Feindpropaganda geeignet sind, die Öffentlichkeit in Deutschland stark zu beunruhigen, die innere Front zu lähmen und so schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, die im Einzelfall gar nicht zu übersehen sind."

Oft wurden wir gefragt, ob Walter Klingenbeck und seine Gruppe Kontakte zur Weißen Rose hatte. Hierfür gibt es unseres Wissens derzeit noch keine konkreten Anhaltspunkte. Inwieweit Handeln und Schicksal Walter Klingenbecks und seiner Freunde unmittelbar oder indirekt Anstoß zu Aktivitäten der Weiße Rose gab, ist derzeit offen.

Im Umfeld von St. Ludwig waren Verhaftung und Ermittlungen durch die Gestapo sicher ein erschütterndes Ereignis an dem viele Anteil nahmen. Könnte es daher sein, daß bei den Zusammenkünften im Hause Mertens in der Schönfeldstraße hierüber gesprochen wurde? Das Haus Schönfeldstraße 8-10 war Treffpunkt von Gegnern des NS-Regimes. Beim Schriftleiter der Medizinischen Wochenschrift Viktor Emanuel Mertens (1875-1974) fanden literarische Zusammenkünfte statt. Seine Frau Gertrud (1883-1973), selbst Pianistin und Sängerin, veranstaltete oft Hauskonzerte; damit war Gelegenheit zu nach außenhin unverfänglichen Treffen. Ärzte, Musiker, Schauspieler, Gelehrte und Schriftsteller verkehrten hier. Verbindung bestand zum Kreis um Carl Muth und Theodor Haecker, Professor Dr. Kurt Huber¹⁰ traf im Hause der Mertens am 3. Juni 1942 erstmals mit den Geschwistern Scholl und ihren Freunden zusammen. Im Anschluß an einen Leseabend des Schriftstellers Sigismund von Radecki kam es zu einer Diskussion über grundsätzliche Fragen des Widerstands. Nach Aussagen von Zeitzeugen sagte Kurt Huber hierbei: *"..Man muß etwas tun und zwar noch heute"*.

Hubert Furtwängler teilt dem Chronisten mit, daß ihm der Name und das Schicksal Klingenbecks bislang unbekannt war:¹¹ *"... Auch ist mir nicht in Erinnerung, daß sein Name etwa am Abend bei Prof. Mertens oder sonst in unserem Kreis erwähnt wurde. Allerdings wurde er vom Volksgerichtshof erst danach angeklagt - und zur Zeit des Todesurteils (24.9.1942) waren wir in Russland. Sein Schicksal hat mich*

im Nachhinein sehr bewegt, zumal er mit dem Planen von Flugblättern ja gewissermaßen ein Vorläufer der Weißen Rose war...."

Walter Klingenbeck wurde auf Vorschlag der Erzdiözese München-Freising mit weiteren 19 Männern und Frauen, die Opfer der NS-Gewaltherrschaft wurden, in das "Martyrologium Germanicum" aufgenommen.

1999: "Topographie des NS-Terrors in München": Wittelsbacher Palais: Gestapo-Zentrale und Gestapo-Gefängnis

Das Wittelsbacher Palais ist als Sitz der Geheimen Staatspolizei und damit als das Zentrum der NS-Schreckensherrschaft im Bewußtsein der Zeitzeugen verankert. Im öffentlichen Bewußtsein ist aber das Wissen um das Gebäude selbst und auch um seinen genauen Standort mehr und mehr verdrängt. Obwohl die Zeitspanne von 1945 bis heute nur ein halbes Jahrhundert beträgt, ist dieser Prozess des Verdrängens und die Tatsache der Desinformation gerade an diesem "Täterort" offenkundig. Vielfältige Schichten des Vergessens sammelten sich hier an.

Im Frühjahr 1995 waren im Stadtmuseum „Mahnmale des Holocaust“ ausgestellt. Künstler versuchten, das unvorstellbare Grauen des Holocausts darzustellen, um Gedenken und Erinnern für die nachkommenden Generationen im öffentlichen Raum anzustoßen.

Am Eingang der Ausstellung: Zwei dicke Folianten mit den Namen der Opfer des Holocausts. Daneben: eine Deportationsliste überschrieben: *„Evakuierung von Juden nach Riga aus dem Stapo-Bereich München“ mit dem Datum des 13. November 1941.*

Diese Liste umfaßt nahezu 1000 Namen gefertigt von der „Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle München“ in der "Brienner Straße 50". Die systematisch-bürokratische Vernichtungs-Maschinerie begann an den Schreibtischen der Gestapo im Wittelsbacher Palais. Hier wurden die Karteien geführt, die Listen für Verhaftungen und Deportationen erstellt, der Fuhrpark für die Verhaftungen bereit gehalten, Vernehmungen durchgeführt, über die Schicksale von Menschen entschieden.

Wo aber genau befand sich das Wittelsbacher Palais mit der Gestapo-Leitstelle München? Wann und wo wurde das Gestapo-Gefängnis errichtet? Wie wurde es nach Kriegsende für welche Zwecke genutzt? Wann ist es abgebrochen worden? Wo war in München ein zentrales Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus ursprünglich geplant?

Diesen Fragen wurde bei der "Spurensuche", zu der St. Markus, Gegen Vergessen Für Demokratie e.V. und der Bezirksausschuß Maxvorstadt eingeladen hatten, im Umfeld des heutigen Sitzes der Bayerischen Landesbank am 30. Januar 1999 nachgegangen. Nur einige wenige MünchnerInnen wissen hierauf zu antworten. Die zum 1. September 1959 geänderte Hausnumerierung verwirrt zusätzlich bei der Spurensuche. Wer heute nach der (alten) Adresse "Brienner Straße 50" sucht, findet sich vor dem Münchner Volkstheater, nicht aber vor dem Gebäude mit der Erinnerungstafel Ecke Türken- / Brienner Straße 20.

Nahezu vergessen ist, daß das Münchner Gestapo-Gefängnis beinahe unbeschadet den Bombenhagel überstanden hatte und erst 1964 abgebrochen wurde, Nur ein steinerner Löwe (Bildhauer Johann Halbig 1814-1882) existiert noch und steht jetzt als "Swapo" bzw. "Swapilo" vor der Katholischen Akademie in der Mandlstraße.

Durch Zufall ist es uns gelungen, ein weiteres Zeitzeugnis der Münchner Gestapo-Zentrale zu entdecken: eine Zapfsäule aus dem Garagenhof des Gestapo-Gefängnis. Für die Greif-Kommandos der Bayer. Politischen Polizei war Mobilität bei "Nacht und Nebel" Bedingung der "Effektivität" und zugleich das psychologische Element der Verunsicherung und Angst. Bereits im Funkspruch vom 2. April 1933 kündigte Adolf Wagner als „kommissarischer" Innenminister einen „eigenen Kraftwagenpark für den politischen Polizeikommandeur Bayerns an".¹³ Im Dezember 1933 hatte Reinhard Heydrich (1904-1942) persönlich das Baugenehmigungsverfahren für das sog. Haftraumgebäude eingeleitet. Bereits im September des gleichen Jahres waren bei der Lokalbaukommission die Baupläne für Garagen und die betriebseigene Tankstelle eingereicht worden.

Unter dem Arbeitstitel "Denkmal-Moral und Denkmal-Politik" erarbeitet der Chronist derzeit eine Dokumentation über die Gestapo-Zentrale im Wittelsbacher Palais¹⁴.

Die historische Zapfsäule, die Herbert Freudenberger überlassen hat, ist derzeit im Stadtteilbüro Schellingstraße 28 a aufgestellt. Für die geplante Dauerausstellung des Stadtmuseums über das sog. Dritte Reich sicher ein nicht ungeeignetes Objekt...

2000: Freiherr-von-Pechmann-Weg

Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 29. Januar 2000 stand das Gedenken an Wilhelm Freiherr von Pechmann (10.6.1859-10.2.1948). Mit Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen wurde durch die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen der Fußweg an der Ostseite der Königinstraße zwischen Veterinärstraße und Von-der-Tann-Straße nach Wilhelm Freiherr von Pechmann benannt.

Literatur: Rudolf Voderholzer, Münchner Theologische Zeitschrift 2001, 245 ff: Stimme des Gewissens im Kampf gegen das Böse. Wilhelm von Pechmann (1859-1948); Klaus Bäuml, Besprechung der von Kantzenbach editierten Briefe Pechmanns „Widerstand und Solidarität der Christen in Deutschland 1933-45“, neuaufgelegt 2000, in Bayer. Verwaltungsblätter 2002, Heft 1).

Im Dezember 1998 regte der Bezirksausschuß Maxvorstadt bei der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen an, diesen neugeschaffenen, selbständigen Fußweg nach Wilhelm Freiherr von Pechmann zu benennen. Ludwig Spänle (MdL) unterstützte diese Initiative gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Der neue Weg, beim Rückbau der Königinstraße im Zuge der Neugestaltung des Vorfelds des Prinz-Karl-Palais und der Neuen Staatskanzlei in den Jahren 1991/92 entstanden, wird von der Verwaltung Englischer Garten betreut.

Freiherr von Pechmann und die Verfolgung der Juden

Welchen besonderen Bezug hat Wilhelm von Pechmann zum Englischen Garten, der es rechtfertigt hier an ihn zu erinnern? Der Gedenktag soll nach den Worten Roman Herzogs künftige Generationen zu Wachsamkeit mahnen und jeder Gefahr der Wiederholung entgegen wirken. Wer von unseren Mitbürgern, die während des sog. Dritten Reichs in München lebten, erinnert sich noch daran, daß es in der über zweihundertjährigen Geschichte des Englischen Gartens eine Zeit gab, in der Bürger dieser Stadt den Englischen Garten wegen ihres Glaubens oder ihrer

Abstammung nicht betreten durften? Daß an den Zugängen des Englischen Gartens in den Farben des sog. Judensterns schwarz-gelbe Verbotsschilder aufgestellt worden waren? Diese Maßnahmen sind nur ein Teil der unmenschlichen Schikanen, die der damalige Gauleiter Adolf Wagner zusammen mit der Gestapo-Leitstelle im Wittelsbacher Palais in München angeordnet hatten. Wer in der Münchner Stadtgeschichtsschreibung und auch in den Publikationen über den Englischen Garten hierzu nach Belegen sucht, tut sich schwer.

Es zeichnet Freiherr von Pechmann aus, daß er als mutiger und engagierter Christ in dieser Zeit Zivilcourage im Sinne "bürgerlichen Muts" bewies. Er scheute sich nicht, seine Kritik an den Verfolgungsmaßnahmen in seinen Briefen schriftlich niederzulegen. Er scheute sich nicht, die Verantwortlichen seiner Kirche zum öffentlichen Handeln, zum Protest hiergegen, in welcher Form auch immer, aufzufordern. Die Briefe Pechmanns sind Zeugnisse dafür, daß es auch in dieser dunklen Zeit Menschen gab, die "resistent" waren und die auf ihre persönliche Weise versuchten, gegen das Unrecht anzugehen. Aus den derzeit publizierten Quellen wird deutlich, daß Freiherr von Pechmann eine singuläre Persönlichkeit war, die trotz hohen Alters unermüdlich versuchte, "die Blindheit so vieler ... engerer und engerer Glaubensgenossen" zu bekämpfen.¹⁵

Freiherr von Pechmann war in München nicht völlig allein. Es muß auch an den Kreis um den Verlagsbuchhändler Albert Lempp (Walter Classen, W. Hengstenberg, Emil Hochstädter, Hermann Diem u.a.) erinnert werden. Die sog. Denkschrift des Lemppschen Kreises (auch "Münchner Laienbrief" genannt) wurde an Ostern 1943 Landesbischof Hans Meiser überreicht. Sie sollte Grundlage eines öffentlichen Protests der Kirchenleitung gegen die Verfolgung der Juden werden (vollständig abgedruckt bei W. Gerlach, a.a.O. S. 366 ff.).

Tatsache bleibt dennoch: Die NS-Stadtverwaltung und die Gauleitung München-Oberbayern (Adolf Wagner) haben die menschenverachtenden Gesetze und Verordnungen stets in unerbittlichster Weise vollziehen lassen. *Gegenüber der Summierung von Parteistaat und Parteiwillkür waren vereinzelte Regungen der Menschlichkeit letztlich aber machtlos (W.J.Cahnmann, Die Juden in München 1918-1943 in: Vergangene Tage. Hrsg. Hans Lamm, München 1982).*

Appell Pechmanns nach der Reichspogromnacht.

Wenige Tage nach der Reichspogromnacht (9./10.11.1938) richtete Pechmann am 14. November 1938 an Landesbischof Hans Meiser in der Arcisstraße einen eindringlichen Appell¹⁶:

"Was in der vorigen Woche in Deutschland und nicht zuletzt auch in Bayern geschehen ist wird in den weitesten Kreisen des Volkes - nach allem was ich höre bis in die Partei hinein- als schweres Ärgernis empfunden. Durch die Haltung der Behörden und durch den Anspruch auf "Legalität", ja auch "Recht wird diese Empfindung gesteigert.

Kann und darf die Kirche schweigen? Nimmermehr! Sie kann und darf es vollends nicht, nachdem sich der Herr Ministerpräsident¹⁷ in seiner gestrigen Rede im Zusammenhang mit der "Judenfrage" ausdrücklich auf die Einsicht der Kirche

berufen hat: in einer Form ... die das Verlangen erkennen läßt, daß zu der 'gesetzlichen und harten Regelung der Judenfrage' die christliche Kirche mitwirke... Diese Rede kann nicht unbeantwortet bleiben. Aber ich würde es für einen nie wieder

gufzumachenden Fehler halten, wenn nicht aus solchem Anlaß, in solcher Stunde die

beiden christlichen Kirchen in Bayern gemeinsam ... antworten wollten, daß über ihr volles Einvernehmen keinerlei Zweifel aufkommen kann.

Mit allem was mir an christlicher Überzeugung zu Gebote steht, bitte ich darum, und ich wende mich mit dieser Bitte an die Leitung meiner eigenen Kirche, welche nach allem was in der letzten Woche der katholischen Kirche widerfahren ist, noch besonderen und besonders dringenden Grund hat, mit einem Worte ernsten Widerspruchs freimütig hervortreten..."

Es waren wenige Pfarrer in Deutschland, die den Mut hatten, von der Kanzel aus die Geschehnisse der Pogromnacht anzusprechen. In der bayerischen Landeskirche war es Pfarrer Seggel aus Mistelgau, der in seiner Bußtagspredigt am 16. November 1939 die antijüdischen Terroraktionen verurteilte.⁵ Ein gegen ihn von der Gestapo eingeleitetes Verfahren wurde im Mai 1939 eingestellt. Die denkwürdigste Predigt ist die Ansprache des Pfarrers *Julius von Jan* aus Oberlenningen bei Kirchheim/Teck, gehalten am Buß- und Betttag 1939 über den Bibeltext "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort"⁹. Neun Tage später wurde von Jan vor seinem Pfarrhaus zusammengeschlagen. Nach vier Monaten Gefängnishaft aus Württemberg ausgewiesen, erhielt von Jan eine Stelle in Bayern und wurde dann in Stuttgart wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz und den Kanzelparagraphen zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kirchenleitung (Bischof Theophil Wurm) in Stuttgart konnte sich nicht entschließen, die Pogrome öffentlich zu verurteilen. *Ebensowenig die Kirchenleitung in Bayern.*

Verbot für Juden, Straßenbahnen zu benutzen und öffentliche Grünanlagen zu betreten.

Drei Jahre später - am 8. November 1941 - versuchte Wilhelm von Pechmann wiederum

Bischof Hans Meiser zum Handeln zu bewegen²⁰:

„... Hemmungslos und ungehemmt wirkt sich eine Verfolgung aus, die immer neue Mittel erfindet, um wehrlose und schuldlose Christen jüdischer Abstammung ganz ebenso wie Juden dergestalt zu quälen, daß sich schon der gesunde Sinn unseres Volkes dagegen empört..."

Es ist geradezu himmelschreiend, wenn man hört und sieht, daß neuerdings sämtlichen Juden ohne Ausnahme die Benutzung der Straßenbahn verboten ist, daß aber die in Arbeit stehenden Juden trotzdem angehalten werden, ihre Arbeitszeiten genau einzuhalten.

Auch die Sperrung öffentlicher Anlagen sogar des Hofgartens und der Maximiliansanlagen u.s.w. für Juden gehört zu den Dingen, die, von christlichem Standpunkt gar nicht zu reden, schon aus Gründen der Menschlichkeit geeignet sind, nicht weniger den deutschen Namen zu belasten, als die Opfer eines derartigen Sadismus zur Verzweiflung zu treiben....."

Was spricht Pechmann damit an? Wer hatte diese Maßnahmen zu verantworten? Waren sie von Berlin angeordnet? Vom damaligen Oberbürgermeister Fiehler oder

von der Gestapoleitstelle München? Ein Zufallsfund führt den Chronisten weiter: In dem Beitrag von Erich Kasberger und seiner Klasse 11 d des Michaeli-Gymnasiums über die "Heimanlage für Juden Berg am Laim"²¹ findet sich ein Hinweis:

"Mitteilung der Israelitischen Kultusgemeinde an sämtliche Juden (14. Oktober 1941)

- 1. Judensterne sind sichtbar zu tragen und dürfen nicht verdeckt werden; sie müssen fest angenäht sein*
- 2. Stehenbleiben und Unterhaltungen auf der Straße sowie das Gehen in Gruppen ist zu unterlassen.*
- 3. Öffentliche Anlagen wie Englischer Garten, Botanischer Garten, Nymphenburger Schloßgarten, Hofgarten, Maximiliansanlagen und der Tierpark Hellabrunn sind für Juden gesperrt".*

Weitere Recherchen führen zu dem vollständigen Text des Rundschreibens vom 14. Oktober 1941, verfaßt von der Israelitischen Kultusgemeinde e.V. als "Zweigstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", in dem auch das von Pechmann erwähnte

Verbot, die Straßenbahn zu benutzen, enthalten ist. Urheber dieser Anordnung ist *"der Herr Staatsminister und Reichsverteidigungskommissar" Adolf Wagner: "Der Herr Beaufragte des Gauleiters hat uns folgende Eröffnung gemacht: Das Verhalten der Juden in München hat in letzter Zeit wiederholt zu Beanstandungen Anlaß gegeben. U.a. haben es einige Juden an der gebotenen Rücksichtnahme gegen andere Personen in der Straßenbahn und andernorts fehlen lassen.*

Der Herr Staatsminister und Reichsverteidigungskommissar hat daher zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verfügt, dass mit sofortiger Wirkung sämtlichen Juden ohne jede Ausnahme die Benutzung der Strassenbahn und der übrigen städtischen Verkehrsmittel verboten ist.

Juden haben, soweit sie in Arbeit stehen, die jeweils festgelegten Arbeitszeiten trotzdem genauestens einzuhalten".

Mit dieser zynischen Pervertierung ging Adolf Wagner über die im Reichsgebiet geltende "Rechtslage" weit hinaus. Nach den "Richtlinien zur Durchführung der Polizeiverordnung zur Kennzeichnungspflicht der Juden vom 1. September 1941, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt vom 5. September" durften Straßenbahnen und Omnibusse innerhalb der Wohngemeinde grundsätzlich von Juden *noch* ohne besondere Erlaubnis benutzt werden²³. Zwar wurde am 2. Oktober 1941 eine weitere Anordnung des Reichsverkehrsministers bekannt gemacht: Hiernach durften Juden *"bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, ... und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten."* Die "Münchener Regelung" war damit nicht gedeckt.

Die Rundschreiben und Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an ihre Mitglieder vom 25. April 1940 bis zum 7. November 1941 haben sich als Zeitzeugnisse im Nachlaß von Richard Seligmann erhalten. In dem letzten Schreiben vom 7. November 1941 wird Richard Seligmann mitgeteilt, daß er am 11. November 1941 im Fremdenheim Dreier in der Amalienstraße 4 *"auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle -München zu einem Evakuierungstransport eingeteilt worden ist"*.

Die perfiden Methoden der sich steigernden, das Leben unerträglich erschwerenden und zugleich erniedrigenden Maßnahmen sind damit als Dokumente der Unmenschlichkeit überliefert²⁴. Eine besonders bösartige und diffamierende Perversion in der Geschichte des "deutschen Verwaltungsrechts" war es, die Münchner Kultusgemeinde sozusagen als Vollzugsstelle des NS-Terror zu instrumentalisieren²⁵. Der Vorstand der Kultusgemeinde mußte die schikanösen, unmenschlichen Maßnahmen unmittelbar bekanntgeben und auch in bestimmtem Umfang an deren Vollzug mitwirken. So hatte schon im Juli 1940 die Münchner Gestapo durch Verfügung den Juden das Betreten des Hofgartens verboten. Das Mitteilungsblatt vom 16. Juli 1940, mit dem dieses Verbot bekannt gemacht wurde, hatte Dr. Alfred Neumeyer mit dem Zusatz *"Wir ersuchen, diese Anordnung genau einzuhalten"* zu unterzeichnen!

Auf die Frage, wie sich die Evangelische Kirche in München in dieser Zeit verhalten, kann hier nicht eingegangen werden. Es muß auf das verdienstvolle Werk von Horst Jesse *"Die Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinden in München und Umgebung 1510-1990"*²⁶ verwiesen werden, wobei Jesse auch die erfolglosen Bemühungen Pechmanns um ein offenes Wort der Kirche zur Verfolgung der Juden darstellt. Wichtig weiter der kritisch-distanzierte Beitrag von Björn Mensing *"Hitler hat eine göttliche Sendung. Münchens Protestantismus und der Nationalsozialismus"*. Mensing, der sich in seiner Dissertation mit dem Thema "Pfarrer und der Nationalsozialismus" befaßte, hatte den Mut, selbst als Pfarrer in Gauting tätig, die Resistenz des jungen Vikars Walter Hildmann (1910- 1940?, vermißt in Frankreich), der in Gauting 1936-39 wirkte, darzustellen²⁸.

1945: Gerty Spies: Aus Theresienstadt zurück in den Englischen Garten.

Die Münchner Schriftstellerin Gerty Spies (1897-1997) war 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert worden und überlebte diese drei Jahre der Not und Erniedrigung. Gerty Spies liebte den Englischen Garten und las noch hochbetagt zur 200-Jahrfeier des Englischen Garten 1989 aus ihren Werken. Gerty Spies beschreibt ihre Rückkehr nach München:

"Als ich nun wieder im so elend zertrümmerten München war, galt mein erster Gang dem Englischen Garten. Im Gras liegen, beide Arme ausbreiten - hier war ja Platz -und in die Baumkronen hinaufträumen! Auf der großen Wiese spielten die amerikanischen Soldaten Tennis oder dergleichen friedliche Spiele, nichts zu bemerken von Rassentrennung, hier wenigstens nicht."

Noch bevor sie wußte, ob ihre Wohnung noch existierte, ging Gerty Spies in ihren geliebten Englischen Garten:

"Erster freier Ausgang. Ich suchte nicht mein vor Jahren verlassenes Heim. Ich suchte den Englischen Garten. Kein schwarz-gelbes Schild mehr, nichts mehr verboten. Sogar die Bänke durften die Juden jetzt wieder benützen. Nur waren kaum noch Bänke da. Trotzdem hier unter Bäumen liegen, den Duft des jungen Grasses atmen, schlafen, gedankenlos in den Himmel schau, das schenkte dem Leben zurück, was des Lebens war. Das gab wieder Kraft zu hoffen."

Der Freiherr-von-Pechmann-Weg, am Westrand des Englischen Gartens gelegen, soll beständig in Erinnerung rufen,

- daß es in München eine dunkle Zeit gab, in der Bürger wegen ihres Glaubens oder ihrer Abstammung diskriminiert und erniedrigt wurden; daß ihnen auch das Betreten öffentlicher Grünanlagen, insbesondere des Englischen Gartens, verboten war.
- daß es damals aber auch Menschen gab, die mutig und hartnäckig mit "bürgerlichem Mut" gegen den NS-Terror Stellung bezogen.
- daß heute - und gerade auch - in unserer demokratisch verfaßten Gegenwart "bürgerlicher Mut" notwendig ist und ständig eingeübt werden muß.
- daß der Grundkonsens der Kirchen und der politisch-wirksamen Kräfte in diesem Sinne ebenfalls geübt werden muß und nicht erst in den Zeiten wirklicher Gefahr geschaffen werden kann.

2001: „WUNDEN DER ERINNERUNG“: ORADOUR-SUR-GLANE „CENTRE DE LA MÉMOIRE“ IN ORADOUR-SUR-GLANE: EIN BEISPIEL FÜR MÜNCHEN.

Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 2001 versuchte der Bezirksausschuß Maxvorstadt im Rahmen einer Veranstaltung an das grauenhafte Verbrechen der SS-Panzerdivision „Das Reich“ am 10. Juni 1944 in Oradour-sur-Glane (Limousin) zu erinnern.

Dieser bestialischen Untat fielen 642 Menschen zum Opfer. 210 Frauen und 240 Schüler wurden in der Kirche ermordet, die Männer in Scheunen und Garagen mit Maschinengewehrgarben niedergemetzelt.

Die Ruinen des Ortes, durch eine Entscheidung von Charles de Gaulle zum französischen nationalen Denkmal erklärt, erinnern bis heute an das heimtückische Massaker. SS-General Heinz Lammerding, von einem Militärgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt, lebte bis zu seinem Tode (1971) in Deutschland und wurde nicht zur Verantwortung gezogen.

300 000 Menschen besuchen jährlich das Märtyrerdorf (village martyr). 1999 wurde in Oradour-sur-Glane eine Gedenkstätte eröffnet.

Die „Wunden der Erinnerung“ liegen offen.

Erst im Mai 1999 konnte erstmals eine offizielle deutsche Delegation im Rahmen der neu begründeten Partnerschaft zwischen Bayern und dem Limousin in Oradour einen Kranz niederlegen. Bürgermeister Raymond Frugier beim Empfang der bayerischen Delegation (mit dem bayerischen Europaminister R. Bocklet an der Spitze) im Rathaus von Oradour: „Ich bin mir dabei .. der Tatsache bewußt, daß ich heute ein ungeschriebenes Gesetz übertrete, das ausser Acht zu lassen, keiner meiner Vorgänger seit nunmehr 56 Jahren gewagt hätte.“

Raymond Frugier erinnerte an den Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker „Wer die Augen vor der Vergangenheit verschließt,

kann die Gegenwart nicht erkennen“ und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese erste offizielle Begegnung dazu beitragen möge, zwischen Deutschland und Oradour engere Bande zu knüpfen.

In diesem Sinne erschien es in mehrfacher Hinsicht wichtig, hier in Deutschland, in Bayern, in München und auch in der Maxvorstadt der Toten von Oradour-sur-Glane zu gedenken, aber auch an die Täter, deren Verbrechen nicht gesühnt wurde, zu erinnern.

- Erinnerungsarbeit in Europa muß nationale Grenzen überschreiten. Gemeinsames Gedenken über Grenzen hinweg kann Gemeinsamkeit, kann Vertrauen schaffen.
- Ein „kritisches Weltgedächtnis“, das die großen Gewalttaten erinnert und dabei die Gerechtigkeit pflegt, ist „auf dem Weg zur Weltrepublik“ notwendig“ (Otfried Höffe, SZ am Wochenende, 24./25.6.2000 Nr. 143):
„Denn nur ein Weltgedächtnis, das die Untaten nicht länger in parteilicher Auswahl bewahrt, das überdies die mancherorts nachhaltige, andernorts aber fehlende Wiedergutmachung mit erinnert, nur ein solches gerechtes Weltgedächtnis hilft, künftigen Gewalttaten vorzubeugen“.
- Regionaler Aspekt: Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und der Region Limousin.
Eine Partnerschaft mit Südfrankreich kann die Untaten der SS-Panzerdivision „Das Reich“ nicht aussparen. Der offizielle Besuch in Oradour-sur-Glane im Mai 2000 kann/muß der Anfang konkreter Erinnerungsarbeit sein.
- Gesamtstädtischer Münchner Aspekt:
Mit den beiden Konzerten am Odeonsplatz am 1. /2. Juli 2000 erinnert München an den Besuch von Charles de Gaulle in München im September 1962, der für die deutsch-französische Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend war.
Die Ruinen von Oradour vor Augen kann man erst ermessen, welche große Bedeutung dieser Besuch de Gaulles auch in Frankreich zukam.

Die Städtepartnerschaft zwischen München und Bordeaux geht auf das Jahr 1964 zurück. In Bordeaux fand 1953 der Kriegsverbrecherprozess gegen die Täter von Oradour statt.

- Lokaler Aspekt:
Barer Straße, Arcisstraße, Briener Straße erinnern an die Orte kriegerischer Auseinandersetzung in Frankreich während der sog. Befreiungskriege.

Annette Kolb (1870-1967), Europäerin und Pazifistin, Symbolfigur der deutsch-französischen Verständigung und Aussöhnung, ist in der Sophienstraße (Alter Botanischer Garten) geboren. Mutter: Sophie Danvin, französische Pianistin; Vater: Max Kolb, Chef-Gärtner in Paris bis 1858.

Eines der frühen Machtzentren des NS-Terrors entwickelte sich in der Münchner Maxvorstadt. Daraus erwächst eine besondere Verpflichtung zur Erinnerungsarbeit. Der Bezirksausschuß Maxvorstadt sieht sich verpflichtet an NS-Greueln zu erinnern, wo immer sie geschehen sind.

Das europäische Kunstprojekt von Beate Passow und Andreas von Weizsäcker „Wunden der Erinnerung“ (Salinengebäude Ecke Schelling-/Ludwigstraße und „Pferdeführer-Denkmal“ an der Alten Pinakothek) verknüpft Orte des Erinnerns und Gedenkens über Grenzen hinweg.

Die Raumfrage für die geplante Veranstaltung erwies sich als unerwartet schwierig. Wegen der sehr kurzfristigen Absagen mußten wir unser Vorhaben leider aufgeben.

Für die aktuelle Diskussion über die Schaffung eines Dokumentationszentrums über die NS-Zeit im Bereich des Königsplatzes ist der Blick auf Oradour-sur-Glane äußerst wichtig.

Im Mai 1999 wurde hier das „Centre de la mémoire“ eröffnet. Dieses Zentrum gegen das Vergessen erweist sich in jeder Hinsicht als beispielhaft.

Von den Gesamtkosten von 61,5 Millionen Francs trugen das Departement Haute Vienne 55 %, die Regierung in Paris 23,5 %, die Region Limousin 13,3 % und die Europäische Region immerhin 7,8 %.

Das jährliche Budget für das Personal (30 Personen) beläuft sich auf 7,9 Millionen Francs.

Allein in den ersten Monaten vom Mai 1999 bis März 2000 wurden 110.000 Besucher gezählt, vor allem Schüler aus ganz Frankreich.

Erstaunlich kurz – für Münchner Verhältnisse – ist die Zeit der Planung und Realisierung:

Das Projekt wurde 1989 auf Initiative von Jean Claude Peyronnet, Präsident der Generalversammlung von Haute-Vienne, zusammen mit der „Association nationale des familles des martyrs“ Francois Mitterrand vorgestellt. Nach dem Beschluß der Generalversammlung 1992 wurde 1994 ein

Projektleiter bestimmt und gleichzeitig ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben.

Bereits am 12. Mai 1999 konnte das Centre de la mémoire eröffnet werden.

Am 16. Juli 1999 fand die feierliche Eröffnung statt, in Anwesenheit des Präsidenten der Republik Jacques Chirac und des Bürgermeisters von Strassburg Jean-Louis Riss statt

Von der Idee bis zur Realisierung im kleinen Oradour-sur-Glane (mit ca. 2000 Einwohnern) ein Zeitraum von zehn Jahren.

Wann wird das Münchner Dokumentationszentrum eröffnet werden können?

Die Verantwortlichen in der Stadt München, des Freistaats Bayern und des Bundes sollten mit der Eröffnung nicht mehr bis zum Jahr 2012 warten lassen.

München, im Januar 2002
Klaus Bäuml.

Verantwortlich für Inhalt, Recherche und Gestaltung:
Klaus Bäuml, Vorsitzender des BA Maxvorstadt
c/o BA-Geschäftsstelle, Tal 13, 80331 München, Tel. 22802673, Fax 22802674.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der BA-Mitglieder überein.

Literaturhinweise

Neben der in den Fußnoten bereits zitierten Literatur gibt es Vielzahl von Publikationen.

München in den Jahren 1933-45

Werner J. Cahnmann: Die Juden in München 1918-1943 in: Hans Lamm (Hrsg), *Vergangene Tage Jüdische Kultur in München*. Georg Müller, München 1982.

Peter Hanke: *Zur Geschichte der Juden in München 1933-45*, MBM Bd. 3. München 1967.

Andreas Heusler, Tobias Weger: "Kristallnacht". Gewalt gegen Juden im November 1938. Buchendorfer, München 1998

Andreas Heusler: *Vertreibung, Deportation, Vernichtung, Jüdische Schicksale in München 1933-1945*. Faltblatt zur Ausstellung des Stadtarchivs im Jüdischen Museum. München 1995.

Stefan Wimmer u.a.: *Kein Ort mehr. Jüdisches Leben in der Lindwurmstraße 1938-1945*. Hrsg: VHS München, Israelitische Kultusgemeinde, Gegen Vergessen-Für Demokratie e.V.. Buchendorfer, München 1998.

Erinnerung, Gedenken, Widerstehen

Martin Broszat, *Vom Widerstand. Bedeutungswandel in der Zeitgeschichte*. Bayer. Akademie der Schönen Künste, Jahrbuch 1, C.H. Beck, München 1987.

Romano Guardini: *Freiheit und Verantwortung. Zum Widerstand im "Dritten Reich"*. Topos Taschen Bücher Nr. 267, Mainz 1997.

Fritz Stern: *Das feine Schweigen*. C.H. Beck, München 1999.

Herbert Straeten: *Andere Deutsche unter Hitler. Zeitberichte über Retter vor dem Holocaust*. Mainz 1997.

Biografien von Menschen im Widerstand

Marion Detjen: "Zum Staatsfeind ernannt". *Widerstand, Resistenz und Verweigerung gegen das NS-Regime in München*. Hrsg. Landeshauptstadt München, Buchendorfer, München 1998.

Alfred Delp, Georg Elser, Walter Klingenbeck, Hans Leipelt (ersch. 29. 1. 1945), Wilhelm von Pechma

Peter Pfister (Hrsg.), *Blutzeugen der Erzdiözese München und Freising*. Schnell und Steiner, Regensburg 1999. Preis: 9,90 DM.

Biografien und ausführliche Literaturhinweise zu:

Alfred Delp, Fritz Gehrlich, Willi Graf, Kurt Huber, Walter Klingenbeck.

Biografien verfolgter jüdischer Mitbürger:

Heinrichs/Franzki/Schmalz/Stolleis: *Deutsche Juristen jüdischer Herkunft*.

Klaus Vogel: *Karl Neumeyer*. Ein Lebenswerk: Das Internationale Verwaltungsrecht. C.H. Beck, München 1993.

Horst Göppinger: *Juristen jüdischer Abstammung im "Dritten Reich". Entrechtung und Verfolgung*. C. H. Beck, München 1990. 2. Aufl.

Karl Neumeyer, Heinrich Rheinstrom, Friedrich Weißler.

Ernst C. Stiefel, Frank Mecklenburg: *Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933-1950)* Mohr, Tübingen 1991.

Heinrich Rheinstrom.

Gertrud Hille: *Franz Rapp* und das Münchner Theatrumuseum. Theaterkultur-Verlag, Zürich 1977/78 (?).

Hans Ludwig Held (Hrsg.): Goethe und München. Richard Pflaum Verlag, München 1949. Enthält Vorwort zur 1. Auflage des Autors *Franz Rapp* aus dem Jahr 1932.

Hanno-Walter Kruff: Alfred Pringsheim, Hans Thoma, Thomas Mann. Eine Münchner Konstellation. Mit Beiträgen: Roland Bulisch / Alfred Pringsheim der Mathematiker. Horst Fuhrmann / Vom Reichtum des Alfred Pringsheim.

Der Bayerische Landtag – Ausschuß für Hochschule,
Forschung, und Kultur hat am 23. Januar 2002
fraktions- und parteiübergreifend folgenden Beschluß
einstimmig gefaßt::

„Die Staatsregierung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Stadt München und dem Bund unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und aller zuständigen Behörden und Institutionen ein wissenschaftlich fundiertes Konzept zur umfassenden Darstellung der NS-Vergangenheit der Landeshauptstadt München, insbesondere ihrer Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“ und als Ort des Widerstandes, zu erarbeiten“.

Dieser Beschluß beruht auf einem von Dr. Ludwig Spänle (CSU) erarbeiteten Vorschlag auf der Grundlage des Antrags (Drs. 14/7807) von Dr. Hildegard Kronawitter (SPD).

Der Bezirksausschuß Maxvorstadt überreicht die anliegende Ausarbeitung mit der Bitte um Unterstützung des Projekts „Dokumentationszentrum über die NS-Zeit am Königsplatz“.

München, im Januar 2002

Klaus Bäumler, Vorsitzender
c/o Geschäftsstelle des BA Maxvorstadt
Tal 13, 80331 München
Tel. 22802673 Fax. 22802674